

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Kai Gehring, Krista Sager, Ekin Deligöz, Sylvia Kotting-Uhl, Katja Dörner, Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Tabea Rößner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Wissensbasierte Entwicklung des Bildungswesens**

Seit der Föderalismusreform von 2006 wirken Bund und Länder aufgrund von Vereinbarungen zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich und diesbezüglichen Berichten und Empfehlungen zusammen. Damals sagte die Bundesseite zu, die Bildungsforschung, insbesondere die empirische Bildungsforschung, nachhaltig zu stärken. Nach fünf Jahren neuer Verfassungsrealität ist es an der Zeit, im Rahmen einer Bestandsaufnahme, Einblick zu erhalten, wie es um die wissensbasierte Weiterentwicklung des Bildungswesens steht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hält die Bundesregierung die Bildungsberichterstattung in Deutschland für ausreichend?  
Welche Defizite und Lücken sieht die Bundesregierung in der Bildungsforschung, wo sieht sie zusätzlichen Forschungsbedarf, und hält sie den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren – zwischen Bund, Ländern und Forschungs- und Bildungsorganisationen – für ausreichend?
2. Wie hat sich seit 2007 das Engagement der Bundesregierung für die Bildungsforschung in der Ressortforschung, in der allgemeinen Projektförderung und bei der gemeinsamen Forschungsförderung entwickelt?
3. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus der Bildungsberichterstattung und Bildungsforschung erlangt, und wie setzt sie sie an konkreten Beispielen um?
4. In welcher Form nimmt die Bundesregierung regionale Bildungsberichte und Bildungsberichte der Länder zur Kenntnis?  
Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus regionalen Bildungsberichten oder Bildungsberichten von Bundesländern für ihre Arbeit?
5. Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung noch Erkenntnislücken in der Bildungsberichterstattung, die die Qualitätssicherung und Steuerung im Bildungsbereich gefährden?  
Wenn ja, welche?
6. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit dem ersten Qualifizierungsgipfel 2008 ergriffen, um Definitionsprobleme in der Bildungsforschung zu verringern, z. B. im Bereich der Wirkungsforschung bei Ganztagschulen, sonderpädagogischer Förderung, Sprachförderung oder auch bei der Erfassung von Studienerfolgsquoten?

7. Inwieweit hat die Bundesregierung die Ergebnisse der beiden ersten nationalen Bildungsberichte berücksichtigt, welche Konsequenzen hat sie gezogen, und welche konkreten Maßnahmen hat sie daraus jeweils abgeleitet und ergriffen?
8. Wie positioniert sich die Bundesregierung zu Forderungen nach einem Bildungsrat, der nach dem Vorbild der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) u. a. wissenschaftsbasierte und konsensuale Handlungsempfehlungen an die Politik erarbeiten könnte?
9. In welcher Weise verschaffen sich Bund und Länder nach der Auflösung der gemeinsamen Aufgabe Hochschulbau einen Überblick über die eingesetzten Mittel und Maßnahmen zum Hochschulbau und der Sanierung von Hochschulen?

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hierzu vor?

10. Wie viele Studiengänge weisen bundesweite Zulassungsbeschränkungen auf (aufgeschlüsselt nach Fächern und Ländern), und wie hat sich die Anzahl von Bewerbungen und besetzten Plätzen zwischen dem Wintersemester 2006/2007 und dem Wintersemester 2011/2012 entwickelt?
11. Wie viele Studienplätze in Studiengängen mit bundesweiter Zulassungsbeschränkung sind zwischen dem Wintersemester 2006/2007 und dem Wintersemester 2011/2012 freigebblieben (bitte nach Semestern aufschlüsseln)?
12. Wie viele Studiengänge weisen örtliche Zulassungsbeschränkungen auf (aufgeschlüsselt nach Fächern und Ländern), und wie hat sich die Anzahl von Bewerbungen und besetzten Plätzen zwischen dem Wintersemester 2006/2007 und dem Wintersemester 2011/2012 entwickelt?
13. Wie viele Studienplätze in Studiengängen mit örtlicher Zulassungsbeschränkung sind zwischen dem Wintersemester 2006/2007 und dem Wintersemester 2011/2012 freigebblieben (bitte nach Ländern, Fächern und Semestern aufschlüsseln)?
14. Wie hat sich die Zahl der Masterstudienplätze zwischen dem Wintersemester 2006/2007 und dem Wintersemester 2011/2012 entwickelt (bitte nach Ländern, Fächern und Semestern aufschlüsseln)?
15. Wie hat sich das Verhältnis von Bewerbungen und Masterstudienplätzen zwischen dem Wintersemester 2006/2007 und dem Wintersemester 2011/2012 entwickelt (bitte nach Ländern, Fächern und Semestern aufschlüsseln)?
16. Wie viele Masterstudienplätze sind zwischen dem Wintersemester 2006/2007 und dem Wintersemester 2011/2012 freigebblieben (bitte nach Ländern, Fächern und Semestern aufschlüsseln)?
17. Wie hat sich zwischen dem Wintersemester 2006/2007 und dem Wintersemester 2011/2012 die Anzahl der Studienanfänger mit einer beruflichen Qualifikation entwickelt (bitte nach Jahren, Ländern und Fächern aufschlüsseln), und wie wird sich die Nachfrage nach Studiermöglichkeiten durch beruflich Qualifizierte nach Erwartung der Bundesregierung entwickeln?
18. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, ob, und falls ja, wie sich die Studienabbruch- und die Studienerfolgsquoten in Studiengängen seit 2007 entwickelt haben, in denen zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger im Sinne des Hochschulpaktes der ersten und zweiten Programmphase aufgenommen wurden (bitte auch den Umfang der zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfänger angeben)?

19. Wie hat sich laut Bildungsfinanzbericht die Grundfinanzierung der Hochschulen zwischen 2006 und 2011 in den Ländern entwickelt, die Studiengebühren erheben bzw. erhoben haben, und welche Einnahmen aus Studiengebühren stehen zu Buche (bitte nach Jahren und Studiengebührenländern aufschlüsseln)?
20. Wie viele Stellen wurden durch Studiengebühren an den Hochschulen geschaffen (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?
21. Welche messbaren Qualitätsverbesserungen sind an den Hochschulen nach Erkenntnis der Bundesregierung durch die Einführung von Studiengebühren eingetreten?
22. Welche aktuellen Daten liegen der Bundesregierung vor zum Verbleib von Schülerinnen und Schülern aus berufsbildenden Schulen mit bzw. ohne Abschluss sowie zum Verbleib von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus berufsvorbereitenden Maßnahme?
23. Liegen der Bundesregierung Daten vor, wie viele der Einstiegsqualifizierungen tatsächlich zu einem betrieblichen Ausbildungsplatz geführt haben?
24. Liegen der Bundesregierung Daten vor, wie sich die bei der Bilanzierung des Ausbildungspakts genannten mehr als 65 000 als „versorgt“ geltenden jungen Menschen mit einer Alternative zu einer betrieblichen Ausbildung genau zusammensetzen?
25. Welche aktuellen Daten liegen der Bundesregierung vor zu Angeboten, Beteiligung, Nutzen, Finanzierung, Erfolg und Erträgen im Bereich der beruflichen Weiterbildung?
26. Welche aktuellen Daten liegen der Bundesregierung vor zu Angeboten, Beteiligung, Erfolg und Erträgen im Bereich der allgemeinen Weiterbildung?
27. Liegen für den Bereich der Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung im Rahmen des Netzwerkes EQAVET (EU-Netzwerk für Qualitätssicherung in der Berufsbildung) die für Sommer 2011 geplanten Berichte vor?  
Wenn ja, wo wurden die Berichte veröffentlicht, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus ihnen?
28. Wie weit ist zwischen Bund und Ländern die Entwicklung einer Strategie zur Datengewinnung vorangekommen, um die Steuerungsfähigkeit im Bildungswesen nachhaltig zu erhöhen?
29. Wie bewertet die Bundesregierung die Wissenslücken mit Blick auf die notwendige und von ihr selbst angekündigte wissensbasierte Weiterentwicklung des Bildungswesens?
30. An welchen Stellen hält es die Bundesregierung im Sinne einer Weiterentwicklung des Bildungswesens für notwendig, die bundesweite Datenlage über Bestand und Entwicklung des Bildungswesens zu verbessern, und welche Schritte will die Bundesregierung dazu einleiten?

Berlin, den 2. Dezember 2011

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**

